

Bergier-Berichte haben gerade noch gefehlt

Veröffentlicht am 04.12.2001

Als ob die Schweiz nicht schon genug zum verkraften hätte: Ein ständig wachsendes Verkehrschaos, die schreckliche Katastrophe im Gotthardtunnel, der Kollaps der Swissair, Flugzeugkatastrophen bei der Crossair, die terroristische Zerstörung der zwei World Trade Center-Türme in New York, der von den USA weltweit ausgelöste Kampf gegen den islamitischen Terror und der Krieg in Afghanistan, die Angst und Verunsicherung vor Terror und einer rücksichtslosen Kriminalität, der rasch wachsende Drogenmissbrauch, eine Verrohung der Sitten und Gebräuche, besonders auch bei den Jungen, Flüchtlingen und Heimatlosen, sowie ein härteres wirtschaftliches, soziales und politisches Klima haben im zu Ende gehenden Jahr das Land von einer Krise in die andere gejagt. Dabei ist das Volk heute durch die endlose, wegen dem heutigen Tempo der Ereignisse, von vielen längstens als überholt empfundene Auseinandersetzung mit dem angeblichen Missverhalten während dem letzten Weltkrieg überdrüssig, demoralisiert und verunsichert geworden. Es geht der schweizerische Bevölkerung, gleich wie in allen anderen Ländern, um die schwierige Gegenwart und um die Auseinandersetzung mit wichtigen Fragen ihrer Zukunft, wie Europa, die UNO, die Behausung und Integration der heutigen Flüchtlingsströme, die bald mehr als 30 % der gegenwärtigen Wohnbevölkerung ausmachen.

So sehr das schwere Schicksal der Juden viele Schweizer betroffen hat und auch heute noch beschäftigt, so hat doch die Schweiz inzwischen moralisch und materiell Gutmachung geleistet. Sie hat auch die Lehren aus der Vergangenheit gezogen - im Guten wie im Schlechten. Bei der Wucht der Probleme von heute kann sie nicht ewig der Vergangenheit verhaftet bleiben. Seit dem 11. September, muss sie sich resolut der Gegenwart und den Problemen von morgen zuwenden. Das gleiche gilt übrigens für alle Länder und Völker, besonders auch für die Juden hier und in der ganzen Welt. Was auf sie in Israel zukommt und was daraus für die ganze Welt ausgelöst werden kann, dafür sind die Ereignisse in New York nur ein erstes, wenn auch ein schreckliches Zeichen! Das kann Ausmasse erreichen, welche die Kräfte von allen Menschen der Gegenwart übersteigen werden. Für ein traditionell neutrales und humanitäres Land, wie die Schweiz, bedeutet dies, dass der im Volk vorhandene Willen zur humanitären Hilfe nicht noch durch die nicht enden wollende Wühlarbeit der Bergier Kommission über Gebühr strapaziert wird. Das dafür gebrauchte Geld der Steuerzahler würde besser für Flüchtlingshilfe in Afghanistan verwendet!

Umsomehr als diese Berichte neben tausenden von Details in der Gesamtsicht nicht viel Neues zu Tage gefördert haben. Während Jahren hat nunmehr die Bergier Kommission allen Schweizern eindrescht, dass sie während dem letzten Krieg mit den Nazis sympathisiert, ihnen geholfen hätten, den Krieg zu verlängern

und als Drehscheibe für die Beherrschungs-Versuche des dritten Reich gedient und am Ende des Kriegs Nazifluchtgeldern Zuflucht gewährt haben. Das und vieles mehr ist behauptet und zum grössten Teil ebenso dokumentiert widerlegt worden. Wie jedes Land in Zentrum eines Krieges ist die Schweiz als Drehscheibe missbraucht worden, nicht mehr und nicht weniger als andere Orte, die neutral oder ausserhalb der kriegerischen Ereignisse zu verbleiben vermochten. Klar ist auch, dass die schweizerischen Banken, zusammen mit den amerikanischen und einigen anderen Banken alliierter Länder, eines der wenigen, noch weltweit funktionierende System waren und so von beiden Seiten der Kriegsgegner benutzt wurde. Ja, dieses System wurde von allen Menschen benutzt, nicht zuletzt auch von den tausenden von Flüchtlingen, die von Land zu Land wanderten, denen meistens geholfen, die aber auch missbraucht wurden.

All das ist heute nicht besser und nicht schlechter. Es macht deshalb gar keinen Sinn mehr, in der Vergangenheit herumzuwühlen. Alle Länder und Völker sollten sich vielmehr auf die Probleme der nahen Zukunft konzentrieren, versuchen zusammenzuarbeiten, um eine einigermaßen funktionierende humanitäre Hilfe sicherzustellen. Die Schweiz leistet erneut, gleich wie im letzten Weltkrieg, ihren Teil an dieser Arbeit. Das unbekümmert um politische Sympathien und wirtschaftliche Vorteile. Ueberall dort, wo Not herrscht und der Zugang möglich ist. Also vollständig neutral und im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Genau gleich wie im letzten Weltkrieg. Gerade das hätte von der Bergier-Kommission genau so klar herausgearbeitet werden sollen, wie die von ihr so minutiös dargelegten negativen Seiten!

Die alte Crossair - Opfer der „Kapitaldemokratie“

Veröffentlicht am 10.12.2001

Dieser Ausdruck stammt von Herrn Prof. Dr. Peter Forstmoser, Vertreter der zwei Grossbanken UBS und CSG (Credit Suisse Group), die am Kapital der neuen „nationalen Fluggesellschaft“, die Crossair A.G., mit 70% beteiligt sind. Benutzt wurde dieser Ausdruck anlässlich der ausserordentlichen Generalversammlung der alten Crossair, die am Donnerstag, den 6. Dezember (St.Niklaus Tag), unter Führung ihres Gründers und langjährigen, für ihren Erfolg verantwortlichen Verwaltungsratspräsidenten, Moritz Suter, *urbi et orbi*, *Harakiri* (Ehrentod) begehen musste.

Mehr als fünf Stunden dauerte dieser traurige Akt. Dafür wurde er am Fernsehen "life" präsentiert! Als die vom Bund und den Banken weit in Minderheit hinuntergestossenen Kleinaktionäre gegen dieses „über den Tisch ziehen“ ("railroading" auf amerikanisch, ein in Bankkreisen gerne benützter Ausdruck)

reklamierten, versuchte Prof. Forstmoser als Vertreter des vom Superfinancier Rainer E. Gut, Präsident des Nestlé-Verwaltungsrats, geleiteten Steuerungsausschusses zur Regelung der Swissair- Nachfolge den grollenden Aktionären zu erklären, dass ihr Widerstand nichts nütze. Er nütze deshalb nichts, weil die in einem vorhergehenden Traktandum beschlossene Kapitalerhöhung auf 2.78 Milliarden zu 70% den beiden Banken gehöre. Etwas, wofür man den Banken dankbar sein müsse, weil nur dank ihnen das Überleben der Swissair in einer neuen Crossair als nationale Fluggesellschaft ermöglicht werde. Dass der Bund mehr als eine Milliarde Steuergelder in die Sache eingebracht hat, davon sprach niemand: Offenbar weil der grössere Teil davon für das Überleben der maroden Swissair benötigt wird, um dann nächstes Frühjahr mit 52 Flugzeugen intakt in die neue Crossair einverleibt zu werden. Und für diesen damals 70%igen Anteil der Swissair an der alten Crossair hatten die beiden Banken, gerade nur 260 Millionen bezahlt. Waren oder sind denn diese Flugzeuge, mit allem was dazu gehört, nicht mehr wert?

Wie dem auch sei, die Fernsehzuhörer mussten feststellen, dass die beiden Banken wiederum 70% des neuen Kapitals und damit, trotz Bund und allen anderen Aktionären, die Mehrheit, damit die alleinige Entscheidungsgewalt haben. Auf die Rufe, dass sei undemokratisch, meinte Prof. Forstmoser, dass sei eben so in der Demokratie des Kapitals, der Kapitaldemokratie. Dagegen könne man nichts machen. Das ist zwar ein recht bedenkliches Demokratieverständnis, aber entspricht leider auch in der Schweiz, den nackten Tatsachen: Das Kapital beherrscht die Wirtschaft und die Medien und letztere machen Regen und Sonnenschein für die Politik und Verwaltung. Alle drei machen zusammen, was sie wollen, und das Stimmvolk, das heisst im Fall Crossair, die Kleinaktionäre, haben nichts zu sagen! Diese Wahrheit ist zumindest am Begräbnistag der alten Crossair allen Anwesenden bewusst geworden. Da nützte auch der Mut von vielen Anwesenden, vor das Mikrofon zu treten und die Herren des Kapitals zur Vernunft zu rufen, herzlich wenig. Es war das gleiche Szenario, wie dasjenige zum Ende der Swissair, einem der stolzesten Wahrzeichen der Schweiz. Die Geschichtsforschung wird zeigen, dass es wiederum das Kapital und die gleichen Drahtzieher waren, die zu den Investitionen in die Sabena und andere wackelnde Fluggesellschaften der EU getrieben und damit das Debakel der Swissair verursacht haben. Diese Beteiligungen wurden dann zumal in Bern und Brüssel als eine positive Vorleistung für das Zustandekommen der bilateralen Verträge, die übrigens immer noch nicht seitens der EU ratifiziert sind, bewertet.

Es wurde still und bedrückend in der St.Jakobshalle. Der Todeskampf der alten Crossair näherte sich seinem Ende. Das „70% ige Aktienpaket“ wollte, gemäss seinem alleinigen bevollmächtigten Sprecher, nichts von Moritz Suter und nichts vom alten, erfolgreichen Crossair-Verwaltungsrat wissen. Bewunderungswürdig war die ruhige, eisige Art des weisshaarigen Professors und sein Mut, der inzwischen auf Weissglut getriebenen „Trauergemeinde“ den Ehrentod der alten Crossair, zu bestätigen.

Wo aber waren sie, die grossen Financiers Gut, Ospel und Mühlemann und die Entscheider in Bern, die Bundesräte Villiger und Leuenberger, der Eidg. Finanzdirektor Peter Siegenthaler? Fehlte ihnen die Zeit (oder etwa gar der Mut) ans Mikrofon zu kommen und den wirklich Betroffenen, nämlich den Kleinaktionären und allen anderen Schweizern, die als Bankenkunden und Steuerzahler die eigentlichen Aktionäre der neuen Crossair A.G. sind, ihren gemeinsamen Entscheid zu erläutern und zu diskutieren.

Zu erklären, warum die Crossair gut genug sei, eine gesunde Basis für eine neue Airline zu bieten, aber ihr Verwaltungsrat mit Moritz Suter ungeeignet, das neue Unternehmen zu führen. Auf jeden Fall die von der Mehrheit des Schweizervolks gestellte Frage zu beantworten, nämlich „Wer oder was kann die beiden Grossbanken daran hindern, als Hauptaktionäre mit dem neuen Unternehmen zu tun und lassen, was sie wollen, zu spekulieren, ja sogar es an den Meistbietenden zu verschachern, oder in Allianzen zu führen, die dann so enden, wie die Beteiligung der Swissair an der Sabena?“ Etwa der Bund mit seinen 20 % Kapitalbeteiligung oder wer sonst? Etwa die Antwort, die Banken würden etwas, in das sie soviel investiert hätten, nicht leichtfertig verschleudern. Sicher nicht, aber in Anbetracht des relativ billigen Kaufs der 70% igen Beteiligung der Swissair an der alten Crossair, würde immer noch genug heraussehen. Der Bund hat ja seine Beteiligung ohnehin à fonds perdu geleistet. Wenn dann einmal, etwa im Jahre 2004 der neue CEO André Dosé die Crossair A.G. in die Gewinnzone geflogen haben wird, könnten die Banken mit einem Verkauf ein gutes Geschäft machen.

Einmal mehr auf dem Buckel der Kleinaktionäre, der Steuerzahler und der Bankkunden, die von ihrem Geld nicht viel zu sehen bekommen würden. Dafür wäre dann der heute vorgekaugelte Traum einer eigenständigen nationalen Fluggesellschaft, wie die Swissair, endgültig ausgeträumt.

Das Jahr 2001- sinnvoll oder sinnlos?

Veröffentlicht am 25.12.2001

Nach der weltweiten Kettenreaktion stets grösserer Katastrophen bis zur Kulmination vom 11. September mit der Zerstörung der zwei Worldtradecenter - Türme in Manhattan, New-York, dem nachfolgenden weltweit geführten Krieg gegen den Terror und die Taliban in Afghanistan drängt sich irgendwie, wenn diese schrecklichen Ereignisse überhaupt noch einen Sinn machen sollen, folgende Erkenntnis auf: „*nachher* den richtigen, gefühlsbewegenden Ton und die entsprechenden Gesten zu finden (wie zum Beispiel der Bürgermeister von New York oder der schweizerische Bundespräsident nach der Katastrophe im Gotthard) ist gut, besser wäre aber *vorher* das richtige tun und mehr Voraussicht zu üben.“

Dieses sich selber, sein Verhalten und die Fähigkeit zur Voraussicht kritisch zu durchleuchten betrifft jeden, in jedem Land und auf jeder Stufe der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hierarchie. Erst die Erkenntnis der wahren Ursachen erlaubt, wenn auch das berühmte „Restrisiko“ nie ganz ausgeschaltet werden kann, das Bessermachen für die Zukunft.

Der weltweite Terrorismus

Der Terrorismus ist in allen seinen Formen nichts Neues. Er gehört zum Verhalten der Menschen untereinander. Er ist Ausdruck der Haltung des Starken gegenüber dem Schwachen, des Reichen gegenüber dem Armen. Niemand kann bestreiten, dass in der Welt heute, dank einer masslosen Globalisierung (identisch mit der marktwirtschaftlichen Neoliberalisierung, auch Neokolonialisierung genannt) die Armen und Schwachen immer ärmer und schwächer und die Reichen und Starken immer reicher und stärker werden. Wenn das wahr ist, dann sollte die Globalisierung irgendwie eingedämmt werden. Da sie ihre Wurzel im wirtschaftlich/materiellen hat, wäre an eine weltweite, unabhängige Kontrollinstanz, vielleicht der vom ehemaligen Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Delors vorgeschlagenen Weltwirtschafts und Sozialrat, zu denken. Naheliegender wäre auch die Uno. Da diese aber von den reichen und starken Staaten, heute fast ausschliesslich den USA, beherrscht wird, würde das zur Bekämpfung der masslosen Globalisierung nicht viel bringen.

Ein besseres Kräftegleichgewicht auf der Welt

Seit dem Ende des kalten Krieges gibt es heute nur noch die USA, die stark genug sind, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Trotz periodisch wiederkehrender Versuche einer Rückkehr zum Isolationismus sind die Amerikaner stets aufs neue bereit, die Polizei der Welt zu spielen. Neben ihrer Grösse haben sie auch Schwächen: Das ist eine grenzenlose Naivität, gepaart mit dem Hang zur Manipulation, einem allzu subtilen, ihnen selber gar nicht mehr verständlichen weltweiten politischen Intrigenspiels. Dazu die Unfähigkeit, sich gleichzeitig zweier oder mehrerer Konflikte anzunehmen. Wie jetzt im Krieg gegen die Taliban haben sie den vorderen Orient vernachlässigt, Saddam Hussein unbeobachtet gelassen. Die Begünstigung des Pakistan hat den Boden geebnet, für einen neuen Ausbruch des Kaschmir-Konflikts, wenn nicht gar eines, hoffentlich nicht Atom- Kriegs mit Indien!

Was die Amerikaner wenig interessiert, ist, nach Beendigung einer militärischen Aktion, im betreffenden Land zu bleiben, sich nicht nur der militärischen Friedenssicherung anzunehmen, sondern auch für einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufbau zu sorgen. Sie überlassen dies meistens anderen Verbündeten, oder ihren grossen Wirtschaftsunternehmen auch auf das Risiko hin, damit eine Ausbeutung des betreffenden Landes zu ermöglichen.

Ein besseres Mächtegleichgewicht auf der Welt könnte dafür etwas Abhilfe bringen: Die Existenz gleichwertiger Partner könnte bewirken, dass die USA nicht einfach nach Gutdünken handeln und, wie jetzt, ihre Lösung der übrigen Staatenwelt aufzwingen können. Wer käme in absehbarer Zeit als Partner für ein besseres Mächtegleichgewicht auf der Welt in Frage? Etwa ein wieder erstarktes Russland,

ein geeint auftretendes Europa, oder eine neue asiatische Macht, wie China, Japan oder Indien oder eine Koalition von wirtschaftlich und militärisch führenden Staaten, wie Kanada Australien, Indien usw. Bei allen stellt sich die Frage, ob es diesen Staaten wirklich um die Sicherung des Friedens durch eine bessere Gleichgewichtspolitik gegenüber den USA geht, oder um reine Hegemoniebestrebungen im Zeichen eines neu erwachten Zeitalters des Imperialismus? Eine Gewähr besteht zumindest vorläufig, den USA geht es nicht um imperialistische Ziele im politisch/militärischen Bereich, höchstens im wirtschaftlichen Bereich. Diese Gewissheit dürfte zum Beispiel ein starkes Europa unter der Führung Deutschlands, mit oder ohne Frankreich und England, kaum bieten.

Armut und Fanatismus

Das fehlende Mächte-Gleichgewicht zu Beginn des 21. Jahrhunderts führt dazu, dass sich gegen die Domination der USA, die masslose Globalisierung bzw. Neokolonialisierung neue Kräfte heranbilden, deren Gefährlichkeit in der Verbindung zwischen hoffnungsloser Armut, religiösem und politischem Fanatismus besteht. Diese Kräfte lehnen sich zunächst in den wohlhabenden Ländern gegen die regierenden bzw. effektiv entscheidenden Gesellschaftsschichten auf. Diese Länder nennen sich zwar Demokratien; in Wirklichkeit werden auch sie von einer kleinen Schicht wirtschaftlich und politisch massgebender Kreise, zusammen mit oder über die finanziell beherrschten Medien regiert. Diese Methode macht nicht einmal, wie das Beispiel der Schweiz zeigt, vor den Grundsätzen einer direkten Demokratie Halt. In der Mehrzahl der übrigen Staaten werden die Völker ohnehin durch Diktaturen unter den verschiedensten Bezeichnungen beherrscht.

Diese seit dem letzten Krieg anscheinend etwas, besonders im materiellen Bereich, verbesserte Lage zum Beispiel in den touristisch interessanten Ländern hat sich, effektiv im Durchschnitt, neuerdings auch in den sogenannten wohlhabenden Ländern, drastisch unter dem Konkurrenzdruck auf den grossen Märkten verschlechtert. Der sichtbare Reichtum einiger privilegierter Schichten hat den Kampf um mehr Anteil an der Prosperität des Landes, weniger Armut, mehr Freiheit und Mitspracherecht angeheizt. Dieser Kampf prägte das vergangene Jahr durch zunehmend härtere Strassen- Demonstrationen, Ausbrüchen von Streiks jeder Art, zunehmend aggressiv bis zu einem offenem Aufruhr, Strassenschlachten und blutigen Revolten, wie kürzlich in Argentinien, aber auch täglich an tausend anderen Orten, besonders in städtischen Agglomerationen der Welt.

Die Organisation des Terrors

Seit jeher gab es ein organisiertes Verbrechen, aber als Folge des Zusammenwachsens der Welt dank der modernen Kommunikationsmittel, haben diese Organisationen eine Durchschlagskraft erreicht, deren apokalyptischen Ausmasse am 11. September weltweit demonstriert wurden. Die Frage ist, ob dieser Terrorismus überhaupt mit militärischen Massnahmen bekämpft werden kann, oder ob das Übel nicht an der Wurzel zu packen wäre: anstatt, wie das der

amerikanische Präsident Bush verlangt, die Terroristen auszurotten, sollte man nicht zumindest versuchen, die Armut auszurotten, oder wenigstens etwas einzudämmen. Das heisst, es braucht einen Krieg gegen jene Reichen und Mächtigen, welche die Armen und Schwachen ausbeuten. Es braucht aber auch eine Art „Krieg“ gegen jene Armen und Schwachen, die sich nicht selber aufzuraffen vermögen, um aus ihrer armseligen Kondition herauszukommen: Also Kampf den ungenügenden Ausbildungsmöglichkeiten, dem Analphabetismus, den Drogen usw. usf. Zu all dem und noch viel, viel mehr braucht es schlussendlich eine Änderung des Systems, das eine solche Ausbeutung, ein solches Versagen der menschlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse ermöglicht. Ist das nicht reine Utopie? - soziale, wirtschaftliche und politische Systeme sind so, wie sie gewachsen und aus der Natur des Menschen entstanden sind. Will man diese Systeme ändern, dann muss der Mensch geändert werden. Kann er überhaupt geändert werden? Vor allem wer kann das? Auf jeden Fall fehlt in den meisten Fällen eine solche Kraft bei der gegenwärtigen Geisteshaltung der Menschheit.

Umdenken und Umschwenken

Wenn die schrecklichen Ereignisse des vergangenen Jahres zumindest jedem einzelnen Menschen, oder wenigstens einem möglichst wesentlichen Teil der Menschheit, gezeigt haben, dass es so nicht weitergehen kann, dass jedermann versuchen muss, umzudenken und dann Kraft zu finden, um das Umdenken in ein Umschwenken, in ein entsprechend anderes Verhalten umzusetzen, dann waren diese schrecklichen Ereignisse nicht umsonst, nicht sinnlos sondern sinnvoll... Bis aber die Menschen in ihrer Mehrheit so weit sind, kann es noch sehr lange gehen. Was ist bis dann zu tun? Einfach so weitermachen, wie bisher? Oder sollte nicht jeder, jedes Land, jedes Volk versuchen bei sich zu Hause etwas Ordnung zu machen, um danach mit den anderen besser zusammenarbeiten zu können. Etwa mit dem:

Kampf gegen den Terror als Methode, den verwerflichen Methoden des Terrorismus und denjenigen, die sich ihrer Verwendung schuldig machen - aber nicht Kampf gegen Menschen, Völker und Religionen, gegen Menschen die oft nur für mehr Freiheit und ein besseres Leben kämpfen: Im Rahmen des Rechts, nicht mit der Waffe in der Hand.

Kampf der Armut und der Ausbeutung mit harten Rechtsvorschriften gegen eine masslose Globalisierung und diejenigen, die diese Globalisierung auf Kosten anderer ausnützen. Alle Staaten sollten in ihrer eigenen Rechtsordnung vorsehen, masslose Gewinne aus der Globalisierung den Armen und Bedürftigen bei sich zu Hause und in der Welt zukommen zu lassen.

Schliesslich braucht es eine wirkliche Erneuerung der demokratischen Einrichtungen damit die Völker in jedem Land zum Wort kommen und die Regierenden nicht die Entscheidungen ihres Volkes ungestraft missachten können.